



Nordrhein-Westfalen, 19. Dezember 2024

Offener Brief an

Henriette Reker, Oberbürgermeisterin der Stadt Köln

Dr. Harald Rau, Beigeordneter Dezernat V – Soziales, Gesundheit und Wohnen

Fraktionen, Ratsgruppen und Einzelmandatsträger*innen im Rat der Stadt Köln

Hendrik Wüst, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Josefine Paul, Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW

Ina Scharrenbach, Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen

Fraktionen im Landtag Nordrhein-Westfalen

Helmut Dedy, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Geschäftsführer des Städtetages Nordrhein-Westfalen

Dr. Martin Klein, Hauptgeschäftsführer des Landkreistages Nordrhein-Westfalen

Olaf Scholz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Lisa Paus, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Fraktionen und Gruppen des Deutschen Bundestages

Dr. Uwe Brandl, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Das Gewalthilfegesetz umgehend verabschieden! Keine Sozialstreichungen auf Kosten von Frauen und Mädchen in Krisen und Notlagen! Keine Streichung von Zuschüssen für Frauenhilfestrukturen in Köln und anderswo!

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einer Zeit, in der die Zahlen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen landes- und bundesweit auf ein erschreckendes Hoch ansteigen und fast täglich eine Frau Opfer von Femizid wird, plant die Stadt Köln im Haushaltsentwurf 2025/2026, die Zuschüsse für Frauenprojekte vollständig zu streichen.

Die geplanten Streichungen in den Frauenhilfestrukturen wirken wie ein Schlag ins Gesicht derjenigen, die tagtäglich dafür sorgen, dass Frauen und Mädchen in Krisensituationen Schutz, Beratung und Unterstützung erhalten.

Die betroffenen Projekte bieten Frauen jeden Alters und Mädchen, die geschlechtsspezifische Gewalt, Diskriminierung und Benachteiligung erfahren, dringend notwendige Hilfe. Fachfrauen begleiten die Betroffenen auf ihrem Weg zu einem gewaltfreien und selbstbestimmten Leben und geben denjenigen eine Stimme, die sonst oft nicht gehört werden.

Doch genau diese Projekte sind nun durch den Haushaltsentwurf der Stadt Köln bedroht. Mit den geplanten Kürzungen werden nicht nur die Frauenhilfestrukturen im Stich gelassen, sondern auch die Gewährleistung eines effektiven Gewaltschutzes für Frauen und Mädchen in Köln in Frage gestellt.

Ohne ausreichende Mittel für Personal, Miete, Kommunikationskosten und Bürobedarf steht das Weiterbestehen der Anlaufstellen für Frauen und Mädchen, die sich in Notlagen befinden, vor dem AUS. Ohne qualifizierte Fachkräfte können keine Beratungen mehr stattfinden – viele Frauenprojekte wären gezwungen, entweder sofort oder perspektivisch zu schließen.

Damit wird auch die Umsetzung der Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene ad acta gelegt. Diese internationale Vereinbarung verpflichtet nicht nur den Bund, sondern auch die Länder und Kommunen, alle Formen von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen.

Gewalt ist nicht privat – der Schutz davor ist es auch nicht und kann nicht privat finanziert werden.

Wir fordern Sie daher dringend auf, die geplanten Kürzungen in den Frauenhilfestrukturen in Köln zurückzunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass Frauen und Mädchen in Köln auch weiterhin die Hilfe erhalten, die sie dringend benötigen.

Ebenso dringend fordern wir Sie auf, das Gewalthilfegesetz umgehend zu verabschieden. Nur durch eine gesetzliche Absicherung kann die Gewalthilfe den Kahlschlag bei den freiwilligen Leistungen überleben. Und nur durch den Schutz und die Unterstützung der Frauen- und Gewalthilfeinfrastruktur können von schwerer Gewalt bedrohte Frauen und Kinder überleben.

Stehen Sie auf der Seite der Frauen und Mädchen!

Setzen Sie sich mit aller Entschlossenheit für die Verabschiedung des Gewalthilfegesetzes ein!

Mit freundlichen Grüßen,

Aysel Sirmasaç (Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.)

für das NRW Netzwerk gegen Gewalt an Frauen

Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen NRW e.V.

LAG - Landesarbeitsgemeinschaft Autonomer Frauenhäuser NRW e.V.

Landesverband autonomer Frauen-Notrufe NRW e.V.

Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Gleichstellungsstellen Nordrhein-Westfalen e.V.

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Caritasverband für die Diözese Münster e.V. - Landesvertretung der katholischen Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen NRW